

Politik und Moral

Ergebnis einer Umfrage

Skandale der jüngsten Zeit haben zu einem neuen Ruf nach Moral — besonders auch im Bereich der Politik — geführt. Die Redaktion hat daher an einige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie aus dem Bereich der Wissenschaft eine entsprechende Anfrage gerichtet. Das Ergebnis kann dazu anregen, sich auch persönlich mit der Problematik auseinanderzusetzen. Die Befragten (in alphabetischer Reihenfolge angeführt) üben folgende Funktionen aus: E. Busek ist Politiker und Vizebürgermeister der Landeshauptstadt Wien; N. Leser ist Professor für Sozialphilosophie an der Universität Wien; W. Schüssel ist Generalsekretär des österreichischen Wirtschaftsbundes; P. Schulmeister ist Journalist und Präsident der Katholischen Aktion Österreichs; K. Waldheim ist Bundespräsident der Republik Österreich; E. Weinzierl ist Professor für Zeitgeschichte an der Universität Wien. Es ist der Redaktion ein Bedürfnis, den Autoren für ihre Mühe aufrichtig zu danken. (Redaktion)

ERHARD BUSEK

Die Politik sollte moralischer sein, sagen die Gutmeinenden; Politik war leider immer unmoralisch und wird es immer sein, sagen die Resignierten; manche sagen sogar, daß Politik mit Moral gar nichts zu tun habe.

Wie steht es nun wirklich mit dem Verhältnis von Politik und Moral?

Ich möchte in dieser Frage besonders vor einer abstrakten Moralisierung der Politik warnen, die die ethische Verbindlichkeit des persönlichen Handelns durch eine angeblich vorgegebene Moral der Gemeinschaftsziele ersetzt. Das Glück, das Gute, das Heil, die Mündigkeit, die Selbstverwirklichung des Menschen — sie werden von der Politik erwartet und versprochen. Hier geht es nicht um das wirkliche Problem, wie die Politik in Verfolgung ihrer eigenen Aufgaben und Entscheidungen an moralische Auflagen gebunden ist, sondern hier wird Politik insgesamt zu einem moralischen Auftrag. Sie soll jene Verhältnisse schaffen, unter denen alle Menschen nur mehr gut sind.

Das ist die Situation, die Dostojewskis Großinquisitor vom Gekreuzigten einfordert, nämlich die Abschaffung der quälenden Freiheit, zwischen Gut und Böse entscheiden zu müssen.

Denn ein Staat, der sich herausnimmt, seine Bürger Mores zu lehren, ist ein totalitärer Staat. Jeder Versuch, gesellschaftliches Bewußtsein, Moral und Politik zur Identität zu bringen, endet zwangsläufig im Terror — in der Inquisition, auf der Guillotine, in der psychiatrischen Klinik.

Wir kommen also um persönliches Ethos im jeweiligen konkreten Handeln nicht herum. Vernunftbegabung und persönliche Freiheit im Sinne des Gewissen-Habens zeichnen den Menschen aus.

Der Mensch weiß nicht von Natur aus, was ihm gut tut. Auch bloße Zweckmäßigkeitsregeln leisten diesen Dienst nicht. Er muß sich auf sein Gewissen verlassen, das ihm vor, während und nach der Handlung sagt, daß dieses gut und jenes böse ist. Diese ethische Instanz des Gewissens können wir, solange wir als denkende Menschen und nicht bloß als informationsverarbeitende Maschinen Politik betreiben, nicht außer Kraft setzen und an eine dritte verweisen, die uns die Gewissensbisse abnehmen soll.

„Nicht die Normen begründen ein Ethos, sondern das Ethos die Normen“ — diesem pointierten Satz von Tenbruck stimme ich voll zu; für den politischen Bereich möchte ich allerdings behaupten, daß ein Ethos ohne Normen unzulänglich und abstrakt bliebe. Wir müssen zu konkreten normativen Schritten kommen, die die Verantwortlichkeit des Politikers konkret einforderbar machen, so problematisch und ungenügend die Einzelschritte auch sein mögen.

Als Exponent einer Partei, die das Wort christlich in ihrem Grundsatzprogramm führt, werde ich oft gefragt, was denn nun das Christliche in unserer Politik sei. In meiner mittlerweile langjährigen Tätigkeit als Politiker mußte ich erkennen, daß — abgesehen von den ganz wenigen berühmten „Gewissensentscheidungen“ — die Politik weitgehend durch sachpolitische Entscheidungen, die einfach für das Funktionieren des Miteinanderlebens notwendig sind, dominiert wird. Auch wenn das „Christliche“ an diesen Entscheidungen nicht auf den ersten Blick erkennbar ist, so glaube ich doch, daß ein Politiker mit der Sicherstellung dieses geordneten Miteinanderlebens durchaus seine Verantwortung auch im christlichen Sinne erfüllt. Denn meiner Ansicht nach wird das Christsein in der Politik nicht durch laute Demonstration, sondern durch die Erkenntnis des Dienstcharakters der Politik sichergestellt.

So sehr ich glücklich wäre, wenn es mehr Christen in der Politik gäbe, so sehr muß man sich jedoch auch — im Sinne des oben Gesagten — davor hüten, eine „christliche“ Partei bzw. Politik erzwingen zu wollen. Die Volkspartei hat diese Frage in ihrem „Salzburger Programm“ sauber gelöst. Sie will jene Menschen ansprechen, die ein „christlich begründetes Verständnis von Mensch und Gesellschaft haben“, sie ist aber auch „offen für jene, die aus anderen Gründen zum gleichen politischen Ergebnis kommen“.

Das Gute läßt sich nicht politisch erzwingen. Die Frage nach der Moral in der Politik kehrt zurück als trockener Bescheid an den einzelnen, daß er die Anstrengung des Gewissens nicht delegieren kann, solange er Freiheit und Humanität für sich beansprucht. Diese Freiheit zu respektieren und sich ihr anzuvertrauen, darin besteht die Moralität der Politik.

NORBERT LESER

Es ist auf der einen Seite unbestreitbar, daß es eine für alle Menschen unterschiedslos gültige Moral gibt, wie es auf der anderen Seite aus praktischen Gründen, aber auch unter den Auspizien der Theorie, einleuchtet, daß besondere Pflichten für bestimmte Berufsgruppen existieren. Wenn man Politik als Berufung und Beruf betrachtet, der mit besonderen Vollmachten, aber auch mit besonderer Verantwortung ausgestattet ist, muß es auch und gerade für den Politiker solche Sondernormen geben. Diese Sondernormen ergeben sich schon aus der größeren Dimension, mit der der Politiker im Vergleich zum Privatmenschen konfrontiert ist. Der Nicht-Politiker wird selten oder nie mit Entscheidungen solcher Größenordnung und Tragweite befaßt, wie es beim Politiker der Fall ist. Der Politiker hat das Gemeinwohl als ideale Orientierungsnorm im Auge zu behalten, er hat die speziellen, ihm anvertrauten Interessen wahrzunehmen und er sorgt, last not least, auch für seine eigenen, höchstpersönlichen Interessen, die den umfassenderen nachgeordnet werden sollten, de facto aber oft dominieren und die höheren Interessen überwuchern, ja sie mitunter sogar zu bloßen Vorwänden für die eigene Machterhöhung oder Bereicherung degradieren. Jedenfalls stellt die Abwägung dieser verschiedenen Gesichtspunkte ein heikles Problem dar, das sich dem Privatmann in dieser Form gar nicht stellt.

Noch schwieriger ist die Frage, ob es neben Sondernormen und Zusatzproblemen, die sich aus der besonderen und umfassenderen Natur des Politischen ergeben, nicht auch die Dispens von moralischen Normen gibt, die für die übrigen Menschen gelten, für den Politiker aber nicht zutreffen. Diese Dispens von Normen hängt wieder mit der besonderen Sphäre, die alles Private übertrifft und hinter sich läßt, zusammen. So gilt es im

privaten Leben mit Recht als Tugend, einem Freund auch in der Not beizustehen und ihn gerade in einer prekären Lage nicht im Stich zu lassen. Freundschaft im aristotelischen und christlichen Sinne ist mit dem uneigennützigem Interesse am Wohl des anderen identisch. Eine solche Haltung ist in der Politik nicht möglich und auch nicht zu verlangen, ein Politiker müsse auch seinen besten Freund fallen lassen, wenn es die Sache erfordere. Er müßte allerdings auch bereit sein, sich selbst zu opfern, wenn es die Sache will; erfahrungsgemäß aber ist diese Bereitschaft viel geringer als die, andere zu opfern. Doch die Opferung anderer kann notwendig und legitim sein, wenngleich sie die Verletzung einer ansonsten im privaten Bereich gültigen Pflicht und Norm darstellt.

Weil es in der Politik Sachgesetzmäßigkeiten gibt, die hart und unbarmherzig sind und über die man sich keinen Illusionen hingeben sollte, ist der Anspruch eines Politikers oder einer Politik, spezifisch „christlich“ zu sein, fragwürdig. Das heißt nicht, daß es nicht Menschen mit christlicher Haltung und Gesinnung in der Politik gibt oder geben soll, noch soll es bedeuten, daß es im Bereich des Politischen keine christlichen Werte zu schützen und zu verwirklichen gilt. Die Zweifel, die gegenüber dem Anspruch, „christlicher Politiker“ zu sein oder „christliche Politik“ zu betreiben, dennoch anzumelden sind, beziehen sich auf die Annahme, daß es so etwas wie eine christlich patentierte Politik oder ein Monopol auf Christlichkeit für bestimmte Personen und Gruppen gibt sowie darauf, daß das Christentum im Raum des Politischen eine bestimmte, unveränderliche Ordnung, die für alle Christen aller Zeiten und Räume unverrückbar gilt, anzubieten hat. Weil dem nicht so ist, hat auch die Kirche nicht die Aufgabe, sich mit einer bestimmten Ordnung, und schon gar nicht mit einer bestimmten Partei im Rahmen einer Ordnung, zu identifizieren, sondern sie hat ihre Stimme zu erheben, daß inmitten aller Ordnungen christliche Werte Platz und gute Bedingungen für ihre Ausstrahlung haben.

Freilich müssen die Kirche und umso mehr die Christen in der Welt dazu beitragen, daß auch in den Ordnungsstrukturen selbst möglichst viele humane Aspekte Eingang und Berücksichtigung finden, ohne daß wir uns der Hoffnung hingeben dürfen, hienieden zu einer vollkommenen oder als spezifisch christlich zu identifizierenden Ordnung zu gelangen. Eine solche wäre sogar ein unzulässiger Vorgriff auf das Reich Gottes, das zwar in dieser Welt beginnt und in sie hineinragt, aber sich erst im Jenseits der Überwelt vollendet.

WOLFGANG SCHÜSSEL

Wieweit gelten die allgemeinen moralischen Maßstäbe auch in der Politik?

„Man hat die Politik die Kunst des Möglichen genannt, und tatsächlich ist es eine kunstähnliche Sphäre, insofern sie, gleich der Kunst, eine schöpferisch vermittelnde Stellung einnimmt zwischen Geist und Leben, Idee und Wirklichkeit, dem Wünschenswerten und dem Notwendigen, Gewissen und Tat, Sittlichkeit und Macht. Sie schließt viel Hartes, Notwendiges, Amoralisches und Zugeständnis an die Materie, viel Allzumenschliches und dem Gemeinen Verhaftetes ein, und schwerlich hat es je einen Politiker oder Staatsmann gegeben, der Großes erreichte und sich nicht danach hätte fragen müssen, ob er sich noch zu den anständigen Menschen zählen dürfe.“ (Thomas Mann) Mit dieser Spannung muß jeder leben, der im öffentlichen Leben steht. Er muß selbst damit fertig werden und kann nur schwerlich auf eine übergeordnete Rechtsnorm zurückgreifen. Auch die alte Polarität von Naturrecht und Rechtspositivismus hilft uns

da nicht weiter. Der *Rechtspositivismus* sieht in der Rechtsordnung eine ausschließlich empirische Gegebenheit der sozialen Realität; das Recht regelt wertfrei und wertungsfrei menschliches Verhalten. Strafe gibt es nur bei unmittelbarer Sozialschädlichkeit des Verhaltens. Recht und Moral sind getrennt und haben nichts miteinander zu tun.

Das *Naturrecht* hingegen geht von allgemeinen und absolut verbindlichen sittlichen Grundsätzen aus, die der menschlichen Verfügung entzogen und mit Hilfe der menschlichen Vernunft erkannt werden. Rechtsnormen sind so ethische Forderungen von besonderer Dringlichkeit; das Recht sichert und schützt die höhere Verbindlichkeit dieser Norm.

Beide Systeme haben gute und schlechte Gründe für sich. Mischformen gibt es natürlich auch: Das Naturrecht akzeptiert etwa, daß Geschichte und Gegenwart das bestehende Rechtsgefüge beeinflussen; aber auch der Rechtspositivismus kann nicht verdrängen, daß bei aller faktisch gegebenen Rechtsnorm vorpositive Sitten und Überzeugungen sehr wohl die Normbildung beeinflussen.

Woher bezieht der Politiker seine moralischen Maßstäbe?

Jeder Politiker sollte zunächst seinem inneren Maßstab — man kann ihn Überzeugung, Wertordnung oder einfach Gewissen nennen — folgen. Churchill hat einmal gesagt: „Nachdem ohnehin etwa die Hälfte der Bevölkerung mit einer getroffenen Maßnahme nicht einverstanden ist, kann man gleich das Richtige tun.“

Nur, was ist das Richtige im Einzelfall? (Das Recht ist eine Ordnung, zu deren Durchsetzung staatliche Sanktionen zur Verfügung stehen. Moral aber ist eine *Sollensordnung*, die ihre Sanktion in der Mahnung des Gewissens oder in einer Belohnung/Vergeltung jenseits des Todes findet. Schon Thomas Hobbes sagt: „Auctoritas, non veritas facit legem.“)

Die französische Revolution war z. B. ein Aufstand der Moral gegen die Politik. „Das, was unmoralisch ist, ist auch unpolitisch“, sagte Robespierre 1794 in einer Rede vor dem Nationalkonvent. „Wir wollen in unserem Land Selbstsucht durch Sittlichkeit ersetzen . . . wir wollen eine Ordnung der Dinge, die keine niedrigen und grausamen Triebe kennt, die alle guten und großen Leidenschaften zum Gesetz erhebt.“

Was ist der erste Grundsatz der Demokratie oder Volksherrschaft, fragten die Jakobiner und antworteten selbst: „Es ist die Tugend.“ Wir wissen längst, wiesehr diese tugendhafte Revolution — und später andere auch — im Blut erstickte. Und so wird weiter jeder, der öffentlich handelt, auf seine innere Stimme verwiesen sein, wenn er nicht handelnd schuldig werden will oder vielleicht gerade durch Handeln schuldig werden muß.

Was ist das Christliche in der Politik?

Manchmal weiß ich es, oft aber bin ich da gar nicht so sicher. Kann es eine christliche Steuerreform geben, eine am Naturrecht orientierte Verkehrspolitik? Kann und soll es spezifisch religiöse Impulse für eine neue Agrarordnung geben dürfen — ich weiß es wirklich nicht! Wohl aber sehe ich eine große Herausforderung an die Christen in der Politik, in ihrem Verhalten, in ihrem Umgang mit Menschen, mit Problemen, mit Unrecht, Privilegienbegünstigungen, Aggressionen etwas von ihrer christlichen Lebensform sichtbar zu machen.

Was soll die Kirche zur Politik beitragen?

Die Kirche soll sicherlich nicht unmittelbare Handlungsanleitungen für den Umgang mit politischen Problemen geben. Sofort stellt sich dann natürlich die Frage, wer für „die

Kirche“ spricht, mit welcher Kompetenz, mit welcher Vorbereitung, mit welchem Wissensstand. Natürlich herrscht gerade in unserer Zeit ein großer Bedarf an Wortmeldungen zu Grundsatzfragen, die im Chor der verschiedensten Interessensgruppen und Lobbies sonst unhörbar blieben. Wer spricht für die Armen in den Industrieländern? Wer redet heute noch vom inneren „Wert der Arbeit“, wie dies in exemplarischer Form etwa die polnische Kirche immer wieder tut? Wer ist der Sprecher der nicht immer nur ökonomisch Mühseligen und Beladenen unserer Zeit, der Familien, der Gastarbeiter, Minderheiten? Wer schützt die Rechte der Kinder, der Mütter, der Kranken, der Sterbenden; wer steht für das Recht auf Leben in all seinen Gefährdungen und Phasen ein — wenn nicht wir, Christen und Kirche. Wer nennt nicht zuletzt beim Namen, was eigentlich wegen der Frivolität, ja Obszönität seines Daseins namenlos ist: den Rüstungswettlauf. Warum hoffen wir eigentlich alle immer noch wider aller Vernunft, daß bei rund 600 Mrd. Dollar jährlichem Rüstungswachstum der Tag nicht immer schneller näherrückt, an dem der berühmte Knopf gedrückt wird?

Und zuletzt: Wer träumt mit uns den Traum von einer besseren Welt, den wie Isaias etwa: „Und der Wolf wird neben dem Lamm wohnen und der Panther neben dem Böcklein lagern, Kalb und junger Löwe werden zusammen weiden und ein kleiner Knabe sie leiten . . . Ja, Ihr Dürftigen alle kommt herbei zum Wasser und Ihr, die Ihr kein Brot habt, kommt, kauft Getreide ein und esset! Ja, kommt, kauft Getreide ohne Geld und ohne Bezahlung Wein und Milch.“

Hoffnung aus und in Verzweiflung?

Solche Utopien haben das christliche Abendland geformt, sein Denken, seine Politik.

PAUL SCHULMEISTER

Wieweit gelten die allgemeinen moralischen Maßstäbe auch in der Politik?

Es wäre falsch, die Welt prinzipiell in die der Politik und des privaten Lebens zu unterteilen und für den einen Teil die Gesetze der Macht, für den anderen die der Moral gelten zu lassen. Die Res publica ist nicht eine Sache weniger Politiker, auch wenn der unbehauste Bürger von heute zum Privat-Partikularen neigt, wo er sich Beheimatung erhofft. Diese Tendenz begünstigt unglücklicherweise die schleichende Auflösung des alten Gemeinwohl-Begriffs, der ohnedies, in einer pluralistischen Gesellschaft, die „Selbstverwirklichung“ groß schreibt, als kaum mehr definierbar erscheint.

In dieser Situation scheinbar wachsender Beliebigkeit erhält die Frage der moralischen Verbindlichkeit politischen Handelns mit einem Mal wieder Auftrieb. Nicht erst Tschernobyl hat ins allgemeine Bewußtsein gehoben, daß der Mensch nicht alles tun dürfe, was er technisch tun kann. Schon vor einigen Jahren beschrieb Hans Jonas „Verantwortung“ als zentrale Kategorie im technologischen Zeitalter. Zu dieser Ethik gehört auch der Widerstand gegen die Versklavung der Vernunft durch ihre Instrumentalisierung. Im übrigen gilt das, was Max Weber über den Unterschied zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik gesagt hat, für den Politiker von heute mehr denn je. In den Vordergrund ist das Bedenken der Folgen gerückt — und zwar durchaus nach den allgemeinen Moralmäßen, zu denen etwa die Hierarchie der Werte oder die Kategorie des kleineren Übels zählt.

Woher bezieht der Politiker seine moralischen Maßstäbe?

In einer Zeit des Pluralismus, der weithin als Relativismus begriffen wird, und im Zei-

chen der „Entideologisierung“, die als Versachlichung aufgefaßt wird, halten sich viele Politiker nur mehr an ein System sozialer Nützlichkeitsabwägungen. Eine solche Denkungsweise legitimiert, ja etabliert den „Sacro Egoismo“ als positives Regelungselement in einer Gesellschaft. Doch wenn ein Staat nicht durch nackte Macht, das Prinzip der Beutegier oder des „Enriches-vous!“ regiert werden soll, braucht ein Politiker moralische Grundsätze.

Die meisten Moralprinzipien haben (als „Grundwerte“ etc.) Eingang in die Konstitutionen und Gesetze gefunden. Die atheistische Gesellschaft von heute sei christlicher geprägt als es das Frankreich zu Ende des 16. Jahrhunderts war, hat Kardinal Lustiger einmal bemerkt. Wichtiger als eine abstrakte moralische „Normenkontrolle“ für Politiker ist die konkrete Beispielhaftigkeit seines persönlichen Lebens.

Was ist das Christliche in der Politik?

„Politik ist Verständigung über das Wirkliche“, hat Hugo von Hofmannsthal einmal notiert. Es gibt keine genau definierbare „christliche Politik“, wohl aber eine Politik von Christen aus ihrer Glaubensüberzeugung heraus. Das Ergebnis kann durchaus verschieden sein, gemäß der vom Konzil festgehaltenen „Autonomie der irdischen Wirklichkeiten“ — ein Pluralismus, den zu akzeptieren auch im kirchlichen Raum vielen noch schwerfällt.

Im Spannungsfeld zwischen dem Evangelium und den realen Lebensumständen kann es für politisch engagierte Christen Gewissenskonflikte geben. Zwar lehrt uns das Evangelium eine Reihe spezifischer Werthaltungen, doch die Bergpredigt ist keine konkrete Handlungsanweisung für komplexe Sachverhalte der Politik. Noch so inniger Glaube kann Sachverstand nicht ersetzen. Das Gute ist oft das Gegenteil des erwünschten Guten.

Was soll die Kirche zur Politik beitragen?

Gerade heute werden angesichts der Desorientierung, die da und dort in nihilistische Gleichgültigkeit umschlägt, von der Kirche Wegweisungen zu ethischen Fragen erwartet. Die (erstaunlich) hohe Autorität, die eine säkularisierte Gesellschaft der Kirche hier zubilligt, kann allerdings leicht verscherzt werden. Die Kirche muß sich z. B. vor konkreten Festlegungen dort hüten, wo die berechnete Autonomie der Sachbereiche mit vielen Entscheidungsmöglichkeiten besteht. Zum anderen genügt eine bloße Bekundung allgemeiner Werte oft auch nicht. Was heißt im Einzelfall „Arbeit hat Vorrang vor dem Kapital“? Kirchliches Reden muß hier konkreter werden, ohne daß die Moral politisiert und die Politik moralisiert wird. Eine Gratwanderung, zugegeben.

Sie wird dadurch erleichtert, wenn die Laien selbst mit mehr Selbstbewußtsein Stellung beziehen, statt auf Enuntiationen „von oben“ zu warten. Leider sind seit dem Konzil allzu viele Christen dem Irrtum einer privatistischen Glaubenspraxis erlegen, häufig im Wunsch, nur ja nicht in den Infektionsbereich einer „schmutzigen Politik“ zu geraten. Entscheidend ist schließlich der Ton, den die Kirche anschlägt. Er sollte positiv-werbend, nicht negativ-verurteilend sein. Strafbare Bannsprüche verfehlen heute die Adressaten. Die Sprache der anderen zu sprechen, ist die Botschaft von Pfingsten, hat Kardinal König einmal gesagt. Aus Ängstlichkeit heraus ist mancher versucht, die notwendige Unterscheidung der Geister nicht mit der Kraft eines offenen Herzens, sondern mit den Mitteln einer Gedankenpolizei zu bewerkstelligen. Doch wenn Christen ihren Glaubensschatz bewahren sollen, dann nicht als mißtrauische Wächter eines verschlossenen Tresors, sondern als Präsentierende, Gebende.

Wieweit gelten die allgemeinen moralischen Maßstäbe auch in der Politik?

Schon in der Kampagne, die meiner Wahl zum Bundespräsidenten vorausging, habe ich mich für mehr Moral in der Politik ausgesprochen. Daraus können Sie entnehmen, daß ich das Anliegen stärkerer moralischer Maßstäbe für politisches Handeln nicht nur für wünschenswert, sondern auch für möglich halte. Diese moralischen Maßstäbe sind — um ein Bild aus dem Alltag zu gebrauchen — mit den Schneestangen auf unseren Straßen im Winter zu vergleichen, die uns zur Warnung aufgestellt sind und deren Nichtbeachtung schwere Folgen für unsere eigene Person genauso wie für die uns anvertrauten Leben nach sich ziehen können. Um wieder konkret auf die moralischen Maßstäbe für die im politischen Leben stehenden Menschen zu sprechen zu kommen: Hier gilt als vordringliche Forderung, alle ihre Worte und Taten müssen durch den Einsatz ihrer Persönlichkeit gedeckt sein. Nur so werden die Politiker Überzeugungskraft ausstrahlen. Überfordern wir jedoch auch nicht die Politiker! Sie sind Menschen wie jeder von uns mit ihren Stärken und Schwächen. Sie sollen sich jedoch ihrer Vorbildfunktion bewußt sein.

Moralische Maßstäbe im politischen Leben fordern, heißt nicht Moral predigen, sondern zur Rechtschaffenheit auffordern. Eine konkrete Forderung: Sosehr der politische Wettstreit zum Lebenselement der Demokratie gehört, sosehr ist Wahrhaftigkeit und Redlichkeit geboten. Die Lüge ist auch im politischen Leben genauso wie im privaten abzulehnen und die Verleumdung des politisch Andersdenkenden zu verurteilen.

Woher bezieht der Politiker seine moralischen Maßstäbe?

Das wird wohl bei jedem anders sein. Der im politischen Leben stehende Christ wird sich ohne Zweifel den Dekalog zur Richtschnur nehmen müssen. Dessen Forderungen sind zudem auch eine gute Basis für eine Begegnung mit jenen Politikern, die sich als Humanisten bekennen, jedoch für ihren Humanismus keine Wertschau aus transzendentalen Bindungen ableiten.

Was ist das Christliche in der Politik?

Meines Erachtens das Engagement für die Grundwerte des christlichen Glaubens. Alle Versuche, „christliche Staaten“ zu errichten, sind in der fernen und näheren Vergangenheit gescheitert. Auch die Katholische Kirche hat Abschied von dem „konstantinischen Zeitalter“ genommen.

Was soll die Kirche zur Politik beitragen?

Die Kirche kann und soll zunächst grundsätzlich Orientierungshilfen anbieten und ihre Gläubigen zur politischen Aktivität motivieren. Sie hat ohne Zweifel auch das Recht, zu konkreten täglichen Fragen Stellung zu nehmen, wenn sie Grundwahrheiten des Glaubens und Grundlagen der menschlichen Existenz bedroht sieht. Zu diesen Fragen gehören ohne Zweifel auch in unseren Tagen Fragen des Wettrüstens, des bedrohten Friedens und der Ökologie. Hier ist allerdings vor einem zu warnen: vor der Übernahme modischer Tagesparolen und einer kritiklosen Identifizierung mit manchem Zeitgeist.

Wieweit gelten die allgemeinen moralischen Maßstäbe auch in der Politik?

Die allgemeinen moralischen Maßstäbe sollten auch für die Politik gelten, wobei allerdings Einverständnis darüber herrschen müßte, was die „allgemeinen moralischen Maßstäbe“ sind. In den verschiedenen Regionen, Kulturkreisen und Religionen der Welt gibt es ja sehr unterschiedliche moralische Maßstäbe. Das zeigt in unserer Zeit deutlich das politische Vordringen des islamischen Fundamentalismus. Er erkennt die aus Christentum, Humanismus und Aufklärung entstandenen Menschenrechte nicht an, die für die Politik der westlichen Welt unverzichtbar sein sollten. In Hitlers „Mein Kampf“ kommen sie allerdings ebenso wie Ethik und Moral auch *nicht* vor. Dementsprechend war seine Politik, der relativ lange viele Deutsche und Österreicher überzeugt gefolgt sind. Das Verhalten in der Politik, d. h. der Politiker, aber auch ihrer Wähler — denn nur in einer pluralistischen Demokratie sind solche Methoden wirklich anwendbar — sollte keine „doppelte Moral“ erfordern — ebenso wenig wie die „kleinen Lebenswelten“. Gewiß ist Politik „Kunst des Möglichen“ und bedarf der Fähigkeit des Kompromisses, die Anwendung moralisch fragwürdiger Mittel ist jedoch nicht gerechtfertigt, selbst wenn dies Macchiavelli oder alte jesuitische Fürstenratschläge für richtig gehalten haben. Was einem Volk zumutbar ist, haben die Engländer unter der Führung Churchills gezeigt, obwohl er selbst nicht immer eine „moralische“ Politik gemacht hat. Selbstverständlich sollen in der Politik ethische Fragestellungen nicht ausgeklammert werden, doch sollten sie nicht in „Moralisieren“ enden.

Woher bezieht der Politiker seine moralischen Maßstäbe?

Der Politiker sollte seine ethischen Maßstäbe aus seinem Gewissen beziehen, das vom Ziel der Wahrung der Menschenrechte jedes einzelnen Bürgers oder den Geboten christlicher Nächstenliebe geformt sein sollte. Allerdings bedeutet Politik immer auch Macht. Schon Jacob Burckhardt sagte, daß Macht böse sei und absolute Macht absolut böse. Dieser Gefahr sollten sich politisch denkende Menschen bewußt sein.

Was ist das Christliche in der Politik?

Das Christliche in der Politik ist, was christliche Politiker im Interesse des Gemeinwohls tun. Spezifisch christlich motiviert waren Franz Jägerstätter, Helene Kafka (Sr. Restituta) oder Maximilian Kolbe, die ihr Leben für den Widerstand gegen ein unmenschliches politisches System oder aus Solidarität mit Verfolgten geopfert haben. Allerdings haben das auch nicht-gläubige, ja sogar atheistische Menschen aus Humanismus getan. „Christlich“ ist daher die Motivation einer bestimmten Haltung oder Politik.

Was soll die Kirche zur Politik beitragen?

Die Amts-Kirche sollte im allgemeinen nur grundsätzliche Orientierungshilfen anbieten, die jedoch das Engagement christlicher Gruppen für Frieden, Ökologie, gegen Vorurteile gegenüber Minderheiten, gegen Ausbeutung und soziale Not nicht verhindern, sondern motivieren sollten. Unbedingt sollte die Kirche ihre Stimme gegen Verletzungen der Menschenrechte erheben, und zwar schon gegen die Diskriminierung und Entrechtung von Minderheiten. In der NS-Zeit waren das für Millionen Menschen die ersten Schritte zu ihrer Vernichtung. Das Schweigen der Amtskirche in jener Zeit ist zwar aus kirchenpolitischen Gründen erklärbar, christlich war es nicht. Nicht nur Politiker erwarten sich von der Kirche Solidarität mit den Erniedrigten und Verfolgten dieser Erde.